

England: Homo-Gegner dürfen nicht vor Schule demonstrieren

Religiös motivierte LGBTI-Gegner hatten monatelang eine Grundschule in der Industriestadt Birmingham belagert. Die Stadt hat das im Sommer verboten – zurecht, wie jetzt der "High Court" befand.

Ein Gericht in Birmingham hat am Dienstag entschieden, dass ein von der Stadt verhängtes Demonstrationsverbot vor einer Grundschule rechtmäßig ist. Hunderte meist muslimische Demonstranten hatten im ersten Halbjahr 2019 vor der "Anderton Park Primary School" dagegen protestiert, dass LGBTI-Themen im Unterricht vorkommen.



Die Schule hatte an einem Pilotprojekt teilgenommen, das nächstes Schuljahr auf alle Schulen ausgeweitet werden soll. Dabei soll den Schülern Gleichberechtigung aller Menschen näher gebracht werden – etwa, dass es ausser traditionellen Familien mit einem verschiedengeschlechtlichen verheirateten Elternpaar auch andere Familien gibt, beispielsweise Familien mit zwei Müttern. Auch an anderen Schulen hatte es Proteste gegeben, die vorübergehend erfolgreich waren.

Die "Anderton Park Primary School" wird fast ausschliesslich von Kindern muslimischer Eltern besucht – die demonstrierenden Eltern hatten ihre Ablehnung des neuen Lehrplans meist mit ihrem Glauben begründet. Sie skandierten monatelang jeden Tag während des Schulunterrichts lautstark Parolen und zeigten Schilder mit Aufschriften "Mein Kind, meine Entscheidung" oder "Adam und Eva, nicht Adam und Steve".

Für die Schule hatten die Proteste weitgehende Auswirkungen: Die Kinder konnten nur noch mit geschlossenen Fenstern unterrichtet werden. Ausserdem klagten Lehrer über Bedrohungen von teils aggressiven Demonstranten. 21 Mitarbeitern der Schule, die meisten davon Lehrer, wurden wegen der Proteste von einer eigens hinzugezogenen Psychologin seelische Probleme attestiert, die etwa zu Schlaf- oder Angststörungen führten.

Die Demonstranten verbreiteten dabei auch Fehlinformationen. Besonders kritisiert wurde der Auftritt eines lokalen Imams im Mai, der behauptete, dass Grundschulern jetzt Analsex und Pädophilie beigebracht werde. Der Stadtrat von Grossbritanniens zweitgrösster Stadt erwirkte daraufhin eine einstweilige Verfügung, die Protestaktionen im unmittelbaren Umfeld der Schule verboten hat.

Richter: Demonstranten haben offensichtlich Lügen verbreitet

"High Court"-Richter Mark Warby erklärte nun nach einer fünftägigen Anhörung die Demonstrationsverbotszonen für dauerhaft. Er sagte, dass die Demonstranten die Thematik falsch dargestellt hätten: "Demonstranten haben behauptet, dass die Schule eine 'Pädophilie-Agenda' verfolge und Schülern Masturbation beibringe. Nichts von dem ist wahr."

Die Organisatoren der Demonstration müssen zudem 80 Prozent der Gerichtskosten tragen. Sie haben bereits angekündigt, Rechtsmittel gegen das Urteil einlegen zu wollen.

England: Vom "Homo-Propaganda"-Verbot zum LGBTI-freundlichen Unterricht

Die Entscheidung ist auch wichtig für andere Städte in England und Wales, da ab September 2020 an allen Grund- und weiterführenden Schulen ein neuer Lehrplan gelten soll, der auch LGBTI-Themen

behandelt. LGBTI-Aktivisten hatten jahrelang für die Einbeziehung der Thematik in den Unterricht gekämpft. Bis 2003 hatte das aus der Thatcher-Zeit stammende Gesetz "Section 28" Schulen noch ausdrücklich verboten, das Thema Homosexualität auch nur anzudeuten, geschweige denn darüber zu sprechen.

Auch Anhänger anderer Religionen haben gegen die Erwähnung sexueller und geschlechtlicher Minderheiten an Schulen protestiert. Eine von christlichen Fundamentalisten initiierte Petition gegen den neuen Lehrplan wurde etwa von mehr als 100'000 Menschen unterzeichnet. Ein jüdischer Rabbi sorgte letzten Monat zudem für Empörung, nachdem er erklärt hatte, dass er lieber sein Leben geben würde als die LGBTI-Thematik an britischen Schulen zu akzeptieren.

queer.de / 27.11.2019